



An die  
Schweizer Delegation im Oberrheinrat

Liestal, 06. Mai 2015

## **Resolutionen des Oberrheinrats vom 1. Dezember 2014**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Oberrheinrat hat an seiner Plenarsitzung vom 1. Dezember 2014 in Germersheim Resolutionen zur Raumentwicklung, Landwirtschaftlichen Direktvermarktung, Zweisprachigkeit und Governance am Oberrhein verabschiedet. Im Folgenden übermittle ich Ihnen die gemeinsamen Antworten bzw. Stellungnahmen der Nordwestschweizer Kantone.

### **Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung am Oberrhein**

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz nimmt die Resolution des Oberrheinrats zum Thema "Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung am Oberrhein" zur Kenntnis und bekräftigt Ihren Willen zur Förderung der Zusammenarbeit der Raumentwicklungsbehörden Oberrhein.

Der "grenzüberschreitende" Dialog der Politik zur Raumordnungspolitik für das Oberrheingebiet ist bereits seit vielen Jahren ein wichtiges Thema der Oberrheinkonferenz, welches aus Sicht der Nordwestschweizer Regierungskonferenz weiterzuerfolgen ist. Es gilt jedoch zu berücksichtigen, dass hinsichtlich der Raumentwicklung die Konzepte, die Organisationsstrukturen, die jeweilige Praxis und manchmal auch die Interessen höchst unterschiedlich sind. Zudem handelt es sich teilweise auch um einen nationalen Zuständigkeitsbereich. Gleichwohl ist es für die naturräumliche Einheit des Oberrheins zentral, dass die Raumordnungspolitiken abgestimmt werden und man sich über gemeinsame Ziele verständigt.

Ein wichtiger Meilenstein der Zusammenarbeit im Bereich der Raumentwicklung ist das räumliche Leitbild für den Oberrhein, welches vom Plenum der Oberrheinkonferenz im Dezember 2001 genehmigt wurde. Weitere Referenzdokumente sind die Raumordnungscharta Oberrhein 21 und die Publikation "Lebensraum Oberrhein". Im Jahr 2013 wurde des Weiteren im Rahmen der Oberrheinkonferenz eine trinationale Willenserklärung zur Raumplanung unterzeichnet. Diese Erklärung systematisiert den Informationsfluss zu raumplanungs-relevanten Vorhaben und Plänen über die Grenzen hinweg und festigt so die bestehenden guten Praktiken der Zusammenarbeit in der Raumplanung am Oberrhein.

Von Bedeutung für die zukünftige Zusammenarbeit am Oberrhein ist die zweite Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG), welche sich derzeit in der Vernehmlassung befindet. Der Bundesrat will insbesondere die Verkehrs- und Energieinfrastrukturen frühzeitiger auf die Raumentwicklung abstimmen und die grenzüberschreitende Raumplanung fördern, um gegen die Zersiedelung vorzugehen. Gemäss der Gesetzesvorlage soll die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden bei der Raumentwicklung gefördert werden. Die Kantone sollen im Rahmen der Richtplanung prüfen, ob sogenannte funktionale Räume festzulegen seien. In diesen Räumen müssten zukünftig die Gemeinwesen die Raumentwicklung gemeinsam planen.

## **Landwirtschaftliche Direktvermarktung im Oberrheingebiet**

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz begrüsst die Stellungnahme des Oberrheinrats zur landwirtschaftlichen Direktvermarktung im Oberrheingebiet.

In den letzten Jahren konnte eine verstärkte Tendenz zum Aufbau und zur Förderung bestehender regionaler Kreisläufe in der Agrarwirtschaft verzeichnet werden. Die regionale Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten nimmt einen immer grösseren Stellenwert ein - unter anderem auch weil teilweise die Verunsicherung der Verbraucher aufgrund der unterschiedlichen Lebensmittelskandale gewachsen ist. Im Rahmen der Oberrheinkooperation ist insbesondere die Bio-Marktstudie für Obst und Gemüse in der Oberrheinregion (Südbaden, Mittelbaden, Elsass und der Nordwestschweiz) zu nennen, die im Auftrag des „Grenzüberschreitenden Instituts zur umweltgerechten rentablen Landbewirtschaftung“ (ITADA) im Zeitraum von November 1999 bis Dezember 2001 realisiert wurde. Im Jahr 2013 diskutierten auf Einladung der RegioTriRhena Fachleute aus dem Elsass, der Schweiz und Südbaden über das Potenzial der regionalen Produkte im Bereich der Landwirtschaft.

In der Nordwestschweiz konnten in den letzten Jahren diverse Initiativen und Projekte zur Direktvermarktung verzeichnet werden. So haben beispielsweise der Bauernverband beider Basel sowie Baselland Tourismus eine Themen-Panoramakarte lanciert, auf der 60 Bauernhöfe als Anbieter von Direktvermarktung aufgeführt sind. In Ergänzung dazu haben sich die Regionalmarken und Bauernverbände der Kantone Aargau, beider Basel, Bern, Jura, Solothurn, Zürich sowie der Zentralschweiz zum Verein «Das Beste der Region» zusammengeschlossen. Ziel dieses Vorhabens ist es, den Absatz und die Steigerung der Wertschöpfung regionaler Lebensmittelspezialitäten zu fördern. Als weitere Beispiele können das Agrotourismus-Konzept "Les Chemins du Bio", welches Pauschalangebote in Form von ein bis dreitägigen Erlebniswanderungen im Kanton Jura umfasst, sowie die Plattform [www.lessaveurs.ch](http://www.lessaveurs.ch), die die Online-Vermarktung jurassischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum Ziel hat, genannt werden.

## **Zweisprachige Beschilderung wichtiger touristischer Destinationen im Oberrheingebiet**

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz nimmt die Resolution zur zweisprachigen Beschilderung zur Kenntnis. Regionale Sprachenvielfalt ist ihrer Ansicht nach Ausdruck des kulturellen Reichtums. In der Schweiz gehören die Mehrsprachigkeit und der Umgang mit Interkulturalität zum Alltag. Das Bundesgesetz vom 5. Oktober 2007 über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz) ist am 1. Januar 2010 in Kraft getreten und regelt den Gebrauch der Amtssprachen des Bundes und enthält Massnahmen zur Förderung der Verständigung und des Austauschs. Die Regelung der Amtssprachen der Kantone fällt hingegen ausschliesslich in die Kompetenz der Kantone.

Die Forderung des Oberrheinrats, dass öffentliche und private Einrichtungen in der Oberrheinregion die Möglichkeiten der zweisprachigen Gestaltung ihrer Hinweisschilder prüfen und bei einem anfallenden Austausch und bei Neuanschaffungen zweisprachige Schilder einsetzen, wird zur Kenntnis genommen. Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz ist der Ansicht, dass vor allem die Förderung der Mehrsprachigkeit in Bildung und Beruf im Vordergrund steht. Wer die Sprache des Nachbarn versteht, ist nicht auf zweisprachige Hinweisschilder angewiesen. Ausserdem wird bei neuen Beschilderungen zunehmend auf bildliche Darstellungen gesetzt, die unabhängig von Sprachen universell verständlich sein sollen.

## Zusammenarbeit zwischen den Gremien des Oberrheinrats und der Oberrheinkonferenz

Am 9. Dezember 2010 wurde in Offenburg die Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) gegründet, mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Arbeit am Oberrhein stärker zu koordinieren und damit deren Effizienz zu verbessern. Auf der Basis der gemeinsam erarbeiteten „Strategie 2020“ soll die Durchführung von grenzüberschreitenden Projekten und die Entstehung einer neuen Dynamik ermöglicht werden, um damit auch die trinationale Zusammenarbeit für die Bürgerinnen und Bürger sichtbarer zu machen. Die Gründungserklärung hält fest, dass es nicht Ziel ist, eine neue Verwaltungsstruktur zu schaffen. Vielmehr sollen die Koordination der traditionellen Akteure verbessert und neue Partner (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft) stärker eingebunden werden.

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz begrüsst die Resolution des Oberrheinrats und stellt fest, dass die Zusammenarbeit der Akteure der Säule Politik Entwicklungspotential aufweist. Notwendig wäre es unter Wahrung der Gewaltentrennung Doppelspurigkeiten zwischen Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat zu vermeiden und den Informationsfluss zwischen den beiden Gremien zu verbessern. Die Vernetzung der Arbeitsebenen könnte durch gegenseitige Einsitznahme in den Kommissionen, Arbeitsgruppen und Expertenausschüssen erfolgen, müsste jedoch jeweils abhängig gemacht werden von der konkreten Interessenslage und dem Gegenstand der Beratungen.

Mit freundlichen Grüßen

Nordwestschweizer Regierungskonferenz



Elisabeth Baume-Schneider, Ministre JU

Konferenzpräsidentin



Michael Fust

Konferenzsekretär